



ZIVILGESELLSCHAFT
IN ZAHLEN **ZIVIZ**

Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise

LOKAL KREATIV, FINANZIELL UNTER DRUCK, DIGITAL HERAUSGEFORDERT

Holger Krimmer | Magdalena Bork | Lydia Markowski | Johanna Gorke



Die Studie wurde unterstützt durch:



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales



Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei



Stiftung für Ehrenamt und
bürgerschaftliches Engagement
in Mecklenburg-Vorpommern

INHALT

01 SUMMARY	04
02 EMPFEHLUNGEN	07
03 EINLEITUNG	10
04 METHODISCHE ANLAGE	12
05 DIE LAGE IN EINZELNEN BEREICHEN	13
5.1 Sport – Arenen kommunaler Selbsthilfe	13
5.2 Bildung – geschwächtes Korrektiv sozialer Ungleichheit	15
5.3 Kultur – partieller finanzieller Notstand	16
5.4 Soziale Dienste – prekäre ehrenamtliche Strukturen und unterversorgte Zielgruppen	18
5.5 Freizeit und Geselligkeit – Digitalisierungsschub mit Hürden für gemeinschaftliche Aktivitäten	19
5.6 Umwelt und Naturschutz – Sorge um die eigenen Organisationen und die Umwelt	20
5.7 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz – Kontinuität von Engagement trotz Krise	21
5.8 Gesundheit/Selbsthilfe – Folgeschäden für Zielgruppen befürchtet	22
5.9 Kirche und religiöser Bereich – spirituelle Erfahrungen im digitalen Raum	23
5.10 Migrantenorganisationen – Unsicherheit in Ausnahmesituation	25
5.11 Engagementfördernde Einrichtungen – Überangebot spontanen Engagements	26
5.12 Spenden – neue Formen kiezbezogener finanzieller Zuwendungen	27
06 IM FOKUS: DIE FINANZIELLE SITUATION IM GEMEINNÜTZIGEN SEKTOR	28
IMPRESSUM	30

01

SUMMARY

ZIVILGESELLSCHAFT IST AKTEUR IN UND LEIDTRAGENDER DER KRISE

Bürgerschaftliches Engagement sichert auch in der Krise gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Nachbarschaftliche Einkaufshilfen, kiezgebundene Sachspendenaktionen, Pizzabacken in Vereinsheimen mit Auslieferung durch die Vereinsjugend, Onlinekurse zum Fitbleiben in der Krise – die Liste kreativer Beispiele, die vielerorts praktiziert werden, lässt sich beliebig fortsetzen. Dazu kommt, dass freiwillige Feuerwehren, Selbsthilfe-, Migrant*innenorganisationen und andere gemeinnützige Akteure ihre für unterschiedliche Zielgruppen lebenswichtigen Leistungen auch in der Coronakrise weiter erbringen. Diesem systemrelevanten Beitrag für eine erfolgreiche Bewältigung der Krise stehen teils starke Gefährdungen und Herausforderungen gegenüber. Dazu zählen mitunter existenzgefährdende Einnahmeausfälle und die Notwendigkeit, Formen der Zusammenarbeit aus dem Stand heraus zu digitalisieren.

FINANZIERUNGSPROBLEME BEI WIRTSCHAFTLICH AKTIVEN GEMEINNÜTZIGEN ORGANISATIONEN

Die Corona-Krise stellt für einzelne Bereiche des gemeinnützigen Sektors eine existenzgefährdende Bedrohung dar. Der überwiegende Teil der Interviewees stuft die aktuelle Lage aber als stabil ein. Von starken Problemen berichten Jugend- und Bildungsstätten, Kultureinrichtungen, Selbsthilfeorganisationen, muslimische Glaubensgemeinschaften und weitere. Das hat überwiegend mit dem Wegfall von Kollekten und dem Ausfall von Gebühren und Entgelten in wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben zu tun. Stabile Fundamente bestehen hingegen überall dort, wo der größere Teil der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen kommt. Auch öffentliche Förderungen werden fast ausnahmslos als stabil bezeichnet.

Von zahlreichen gemeinnützigen Organisationen wird aber auch ein erst in fernerer Zukunft drohendes Finanzierungsproblem erkannt. Ein möglicherweise drohender Mitgliederschwund und das Wegbrechen von Spenden und Sponsoringpartnern seien dafür mögliche Ursachen.

SPONTANES ENGAGEMENT IN UND AUSSERHALB DER ORGANISIERTEN ZIVILGESELLSCHAFT

Engagierte und Beschäftigte ziehen gleichermaßen häufig eine Parallele der aktuellen Lage mit der Phase vermehrter Zuwanderung geflüchteter Menschen 2015/16. Krisenbedingt kommt es erneut zu einem explosionsartigen Anstieg von spontanem und informellem Engagement. Nicht immer handelt sich dabei um informelles spontanes Engagement von zuvor nicht-engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Vielfach kommt der Impuls zum spontanen Helfen auch aus Vereinen und gemeinnützigen Organisationen selbst. Gerade Sportvereine, aber auch Freizeit- und Geselligkeitsvereine, Migrantenorganisationen und viele andere sind Drehscheiben und Plattformen von kreativen und spontanen Ansätzen des Helfens in der Krise. Mehrheitlich wird beschrieben, dass das Angebot an helfendem Engagement deutlich größer sei als die Nachfrage.

DIGITALE TRANSFORMATION ALS CHANCE UND „KOLLEKTIVE ZUMUTUNG“

Die Krise zwingt Engagierte und gemeinnützige Organisationen zur digitalen Transformation ihrer Engagement- und Arbeitszusammenhänge in Rekordzeit. Das wird als Überforderung und positive Erfahrung gleichermaßen beschrieben. Was zuvor als unmöglich wahrgenommen wurde, funktioniert ganz plötzlich häufig doch. Persönlich und affektiv bedingte Widerstände gegen das Thema Digitalisierung spielten, wie häufig berichtet wird, mit einem Mal keine Rolle mehr. Erste erfolgreich verlaufene Teamtreffen als Videokonferenzen sind die kleinen Erfolgserlebnisse in der Krise. Jüngere Engagierte werden mit einem Mal Experten für ein wichtiges Thema in ihren Organisationen. Schnellen Erfolgen stehen aber auch häufig ungelöste Fragen und Herausforderungen gegenüber. Der Beratungsbedarf ist stark ausgeprägt.

DATENSCHUTZ UND DATENSICHERHEIT – EIN UNGELÖSTES PROBLEM

Die erzwungene rasante Digitalisierung wird in den Augen zahlreicher Gesprächspartner mit massiven Einbußen im Bereich Datensicherheit und Datenschutz erkaufte. In der notwendigen Entscheidung zwischen Erhaltung der Arbeitsfähigkeit von Vereinen einerseits und Datensicherheit andererseits entscheiden sich viele für die erste Option. Der Wunsch nach mehr politischer Guidance wird gerade in diesem Thema sehr häufig artikuliert. Einerseits werden die rechtlichen Anforderungen der DSGVO für den gemeinnützigen Bereich als starke Belastung erfahren. Andererseits wünschen sich viele Befragte Orientierungshilfen in Hinblick auf unproblematische und erprobte Instrumente. Von besonderer Relevanz ist diese Herausforderung in Organisationen, die in Beratungsgesprächen mit personenbezogenen Daten arbeiten wie Selbsthilfeorganisationen und Migrantenselbstorganisationen.

NETZAUSBAU ALS MASSNAHME FÜR DIE SICHERSTELLUNG GLEICHWERTIGER LEBENSVERHÄLTNISSE

Die Umstellung auf digitale Formen der Zusammenarbeit führt zu massiven Ungleichverhältnissen zwischen dem Engagement in städtischen und ländlichen Regionen. Die stabile Teilhabe an Videokonferenzen wird von vielen Befragten in ländlichen Regionen als nicht gegeben dargestellt. Teils müssen Distanzen überbrückt werden, um Zugang zum Internet und den eigenen Emails zu erhalten. Da zu erwarten ist, dass die aktuell stattfindende Digitalisierung in gemeinnützigen Organisationen auch über die Krisensituation Bestand haben wird, gehört zur Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und engagementermöglicher Infrastrukturen auch der Breitbandausbau in ländlichen Regionen, wie zuletzt auch von der Kommission gleichwertiger Lebensverhältnisse in diesem Kontext empfohlen.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN AN GOVERNANCE UND LEADERSHIP

In der Krise stellt das Hauptamt die organisationale Infrastruktur für das Ehrenamt noch stärker als sonst dar. Das berichten Befragte aus zahlreichen Organisationskontexten. Ehrenamtliche könnten teils ihrem Engagement nicht mehr nachgehen, Vereinsbetrieb und geplante Veranstaltungen entfielen. Die Hauptamtlichen befinden sich gleichzeitig in einer Phase hoher Arbeitsverdichtung aus dem Homeoffice heraus und müssen unter Zeitdruck Entscheidungen treffen. Einzelne Interviewees reflektieren diese Neujustierung von Haupt- und Ehrenamt kritisch als eine temporäre krisenbedingte Machtverschiebung.

Gleichzeitig werden von Führungskräften neue Führungsfähigkeiten gefordert. Die digitale Zusammenarbeit dezentral und vernetzt arbeitender Engagierter und Hauptamtlicher verändert das Anforderungsprofil an Führungskräfte hinsichtlich Technikkompetenz, Motivation und Kommunikation. Dieser Wandel in den Rollenanforderungen an Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen ist auch daher von langfristiger Relevanz, weil die erzwungene Digitalisierung von Arbeitsprozessen von den Befragten als möglicherweise langfristiger Strukturwandel von Vereinsarbeit interpretiert wird.

POSITIVE BEWERTUNG VON POLITISCHEM HANDELN – WACHSENDE UNGEDULD MIT LOCKDOWN

Das Handeln von Bund und Ländern in der Corona-Krise wird überwiegend als positiv bewertet und anerkannt. Positiv erwähnt werden auch die zahlreichen Maßnahmen im Gemeinnützigkeitsrecht und dem Vereinsrecht, die für gemeinnützige Organisationen den rechtlichen Handlungsrahmen krisengerecht modifizieren.

Zugleich wird in mehreren ganz unterschiedlichen Bereichen, etwa dem Sport oder von Religionsgemeinschaften, eine Validierung der Angemessenheit der Grundrechtseinschränkungen eingefordert. So sei Freiluftsport oder Gottesdienste in großen Kirchen auf Unbedenklichkeit zu prüfen. Starre Verbote müssten in Richtung flexibler Lösungen, die Machbarkeiten in Einzelfällen einräumen, weiterentwickelt werden.

ANERKENNUNG UND WERTSCHÄTZUNG

Während in manchen Bereichen wie dem organisierten Sport und Geselligkeitsvereinen der konventionelle Vereinsbetrieb darniederliegt, sind Engagierte und Organisationen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, von Migrant*innenorganisationen, der Selbsthilfe und engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen gerade in der Corona-Krise besonders gefordert. Die Wahrnehmung, für dieses auch „systemrelevante“ Engagement nicht entsprechend wertgeschätzt zu werden, wurde in den geführten Interviews mehrfach zum Ausdruck gebracht.

02

EMPFEHLUNGEN

SCHUTZSCHIRM FÜR EXISTENZBEDROHTE ORGANISATIONEN

Um existenzbedrohende Finanzierungsnotlagen gemeinnütziger Organisationen abzuwenden, sollte für betroffene Vereine und andere gemeinnützige Akteure Zugang zu finanzieller Soforthilfe ermöglicht werden. Stark betroffen sind nach Erkenntnissen dieser Studie Jugend- und Bildungswerke, Kultureinrichtungen, Selbsthilfeorganisationen, einzelne Umweltschutzorganisationen und weitere. Mehrere Bundesländer haben entsprechende Maßnahmen bereits in die Wege geleitet. Eine abschließende Liste von Organisationen, die von der Krise stark betroffen sind, kann auf vorliegender Datengrundlage nicht erstellt werden. Es zeichnet sich jedoch ab, dass vor allem solche Organisationen vom aktuellen Lockdown betroffen sind, die über einen stark ausgeprägten Geschäftsbetrieb verfügen, während mitgliedschaftsbasierte Organisationen bislang überwiegend gut durch die erste Phase der Krise gekommen sind. Bei der Abwendung solcher existenzbedrohender Finanzierungsnotlagen sind aktuell Bund und Länder gefordert. Zu prüfen ist unter anderem, welche Zielgruppen mit den bereits bestehenden Instrumenten nicht erreicht werden.

FINANZIELLE LANGZEITFOLGEN ABWENDEN

Verlust von Mitgliedern und Spenden sowie Sponsoringpartnern sind zwei drohende Szenarien, die gemeinnützige Organisationen mit starkem Zeitversatz in eine finanziell bedrohliche Lage bringen können. Für beide Entwicklungen kann eine angespannte ökonomische Lage von Unternehmen beziehungsweise Privathaushalten Grundlage sein, die aus der Corona-Krise resultieren. Sollten solche Entwicklungen eintreten, zeigt sich das bei der finanziellen Verfassung gemeinnütziger Organisationen möglicherweise erst zum Jahreswechsel. Finanzielle Krisenhilfe sollte daher nicht nur auf die Hochphase der Corona-Krise beschränkt bleiben. Um solche finanziellen Langzeitfolgen abzuwenden, ist ein koordiniertes Vorgehen von Bund und Ländern erforderlich.

MIT AKTIVER INFORMATIONSPOLITIK GEGEN UNSICHERHEIT

Die Einschränkungen der Grundrechte trifft gemeinnützige Organisationen in ihrem Lebensnerv und verunsichert Engagierte und Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor gleichermaßen. Eine intensive Kommunikation zwischen Politik – auf der lokalen, der Landes- und der Bundesebene – und Zivilgesellschaft ist Voraussetzung dafür, dass gemeinnützige Akteure mit Mut und Vertrauen in die Zukunft einen Weg durch die Krise finden. Das gilt in besonderem Maß für sich teils täglich ändernde Informationsbedarfe, wie gesundheitspräventive Maßnahmen im Engagement umzusetzen sind. Teils erstreckt sich der Informationsbedarf auch auf das operative Betätigungsprofil, zum Beispiel im Fall von Migrantenorganisationen, die als kommunikatives Scharnier zwischen Politik und Behörden einerseits und ihren Mitgliedern andererseits fungieren. Hier sollten insbesondere die Länder mit FAQs, Checklisten, Krisennewslettern oder anderen Instrumenten stets für klare Orientierung sorgen.

ANERKENNUNG FÜR SYSTEMRELEVANTES ENGAGEMENT

Während in einzelnen Engagementbereichen die Möglichkeiten zum Engagement und das Vereinsleben völlig zum Erliegen gekommen sind, erbringen andere Bereiche wichtige Beiträge zur Krisenbewältigung. Das gilt für freiwillige Feuerwehren, Engagierte im Technischen Hilfswerk, die organisierte Selbsthilfe und andere Bereiche des gesundheitsbezogenen Engagements, Migrantenorganisationen und weitere. Dieses systemrelevante Engagement sollte als solches anerkannt und öffentlich wertgeschätzt werden.

MÖGLICHKEITEN ZUR RÜCKLAGENBILDUNG IM GEMEINNÜTZIGKEITSRECHT VERBESSERN

Das Gebot der zeitnahen Mittelverwendung im Gemeinnützigkeitsrecht verhindert den Aufbau adäquater Rücklagen. In der Krise zeigt sich, dass diese rechtliche Anforderung mit betriebswirtschaftlichen Realitäten in Krisenzeiten konfligiert. Das Gemeinnützigkeitsrecht sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Erfahrungen und mit Blick auf diese Problematik weiterentwickelt werden.

ORIENTIERUNG FÜR SICHERE DIGITALE LÖSUNGEN GEBEN

Die erzwungene Umstellung auf digitale Formen der Zusammenarbeit erzeugt bei vielen Vereinen und anderen gemeinnützigen Akteuren ein Gefühl der Überforderung. Als besonders herausfordernd wird die Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit wahrgenommen. Zahlreiche Anwendungen, auf die mangels Alternative oder Überblickswissen zurückgegriffen wird, etwa für Videokonferenzen oder cloudbasiertes Arbeiten, werden als unsicher wahrgenommen. Überblickswissen über Anbieter und Anwendungen, die mit Blick auf Kosten, Datensicherheit und Funktionalität die Anforderungen auch von kleinen gemeinnützigen Organisationen erfüllen, besteht nach Selbsteinschätzung selten. Eine Whitelist datensicherer und datenschutzrechtlich unproblematischer Anbieter und Anwendungen würde für viele Vereine eine massive Erleichterung darstellen. Über Leitstellen, Ehrenamtsstiftungen, Portale oder verwandte Einrichtungen der Engagementpolitik der Länder könnten solche Informationen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung gestellt werden. Sollte es gelingen, noch dieses Jahr die vom Deutschen Bundestag im Januar beschlossene Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt zu gründen, könnten diese Informationen an einer zentralen Stelle im Internet zugänglich gemacht werden. Moderiertes Peer-Learning im bürgerschaftlichen Engagement über selbstorganisierte Plattformen ist ein weiterer wichtiger Weg für Kompetenzaufbau.

KAPAZITÄTEN FÜR EINZELFALLBERATUNG FÜR DIGITALE ORGANISATIONS-ENTWICKLUNG

Um die vielerorts angestoßene digitale Organisationsentwicklung im gemeinnützigen Sektor zu unterstützen, braucht es in absehbarer Zeit erhebliche Kapazitäten an Einzel-fallberatung. Die Fragen und Problemlagen vor Ort sind vielfältig: Wie können digitale Kompetenzen aufgebaut werden? Welche Anwendungen sind die richtigen? Wie verändert digitales Arbeiten die Organisationskultur? Welche Außenprozesse (Mobilisierung, Fundraising, Kommunikation...) können wie digital ausgestaltet werden? Um diesen in Kürze rasant gestiegenen Beratungsbedarf zu befriedigen, bräuchte es idealerweise vor Ort geeignete Kompetenzstrukturen. Ideal wäre es daher, wenn Bund und Länder mit einem breit angelegten Modellprogramm den Aufbau von Beratungskapazitäten zum Beispiel in Freiwilligenagenturen und Mehrgenerationenhäusern, Seniorenbüros, Ehrenamtsstiftungen und Selbsthilfekontaktstellen, aber auch in Verbänden fördern und mit dem Aufbau von Beratungskapazitäten in der in Gründung befindlichen Bundesstiftung für Engagement und Ehrenamt vernetzen.

ZIVILGESELLSCHAFT ALS PARTNER VON POLITIK IN DIE KRISENBEWÄLTIGUNG EINBINDEN

Freiwilliges Engagement fungiert als Problembewältiger vor Ort, fängt Notlagen durch helfendes Engagement auf und stellt ganz lebenspraktisch gesellschaftlichen Zusammenhalt im Alltag sicher. Wichtige Beiträge leisten spontan Engagierte genauso wie Migrantenorganisationen, Selbsthilfe, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, kirchliches Engagement und andere. Gleichzeitig findet Krisenbewältigung aktuell nur als wissenschaftsnaher staatlicher Alleingang statt. Die Politik hat die Zivilgesellschaft nicht als Partner, hat Verbände, Stiftungen und andere nicht als wichtige Brücken in die Gesellschaft erkannt. Die Verkürzung von Zivilgesellschaft als ein weiteres Opfer der Krise wird von vielen Führungs- und Leitungskräften genauso wie von Engagierten im gemeinnützigen Sektor als nicht zufriedenstellend wahrgenommen.

Bund und Länder sollten daher prüfen, wie über Dialogstrukturen, runde Tische, digitale Foren bis hin zu einem Zivilgesellschaftsgipfel im Bundeskanzleramt Zivilgesellschaft als mitgestaltender Akteur in die Krisenbewältigung eingebunden werden kann. Eine solche Einbeziehung gewinnt im Verlauf der Corona-Krise zusätzlich an Bedeutung, da die anfangs vorhandene selbstverständliche Akzeptanz der weitreichenden Grundrechtseinschränkungen zunehmend schwindet. Politik steht damit vor der Herausforderung, legitimationswirksame Mechanismen der Willensbildung für den weiteren Weg durch die Krise zu finden. Eine stärkere zivilgesellschaftliche Beteiligung könnte ein wichtiger Baustein sein.

03

EINLEITUNG

Am 11. März 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation das durch das Virus SARS-CoV-2 verursachte Infektionsgeschehen als Pandemie erklärt. Am 16. März 2020 haben sich Bund und Länder mit einer Vereinbarung auf „Leitlinien zum einheitlichen Vorgehen zur weiteren Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Bereich angesichts der Corona-Epidemie“ geeinigt. In Folge, teils auch schon zuvor, haben die Bundesländer Maßnahmen ergriffen. Damit wurden auf rechtlicher Grundlage vor allem des Infektionsschutzgesetz (IfSG) Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, aber auch Eingriffe in die Freiheit der Person, die Freizügigkeit und weiterer Grundrechte vorgenommen. Diese erste Phase der Corona-Krise endet für viele Bürgerinnen und Bürger gefühlt mit dem 7. Mai, als sich Bund und Länder auf eine sukzessive Rückkehr zu einem geordneten öffentlichen Leben verständigen.

Durch diese Maßnahmen sind große Teile des Handels, des Konsums, des alltäglichen Arbeitslebens, des privaten und sozialen Lebens, aber auch des zivilgesellschaftlichen Handelns betroffen. Allein die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen sind erheblich. Die Summe der politischen Maßnahmen in Reaktion auf die Ausbreitung des Coronavirus und die bereits jetzt äußerst komplexen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen werden im Folgenden als Coronakrise bezeichnet.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist in der Coronakrise auf eine Bewährungsprobe gestellt und kann zugleich ein Schlüssel für deren erfolgreiche Bewältigung sein. Bewährungsprobe, da die neuartige Bedrohung Reaktionsmuster der Entsolidarisierung und des Rückzugs ins Private auslösen kann. Möglicher Schlüssel zum Erfolg, weil (1) die erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie die Mitwirkungsbereitschaft und innere Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu den politischen Maßnahmen voraussetzt. Nur wenn Maßnahmen des „Social Distancing“ im Alltag nicht mangels Einsicht, Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft unterlaufen werden, können sie wirken. Erforderlich ist also eine Form von Sozialkapital als gesellschaftliche Ressource der Krisenbewältigung. Andererseits (2) stellt das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern – ganz gleich ob in der Nachbarschaft, in informellen Netzwerken, Vereinen, Bürgerstiftungen oder anderen Zusammenschlüssen – eine gesellschaftliche Sphäre spontaner und problemlösender Kreativität für die Lösung krisenbedingter Problemla-

gen dar. Ob nachbarschaftliche Einkaufshilfen, kiezgebundene Sachspendenaktionen oder digitale Vernetzungsformate gegen Einsamkeit in ländlichen Regionen: Für viele Herausforderungen und Probleme, die Begleitumstand plötzlicher Krisensituationen sind, findet Engagement vor Ort schneller und auf lokale Rahmenbedingungen passendere Lösungen und Konzepte, als Bund, Land und Kommunen, Behörden und Ämter dazu in der Lage wären.

Im Auftrag der Bundesländer Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz und der Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern hat ZiviZ im Stifterverband daher eine qualitative Befragung von Führungskräften in Infrastruktureinrichtungen und Verbänden vorgenommen. Drei Fragen standen im Vordergrund:

1. Zu welchen sozialen und wirtschaftlichen Beschädigungen und Beeinträchtigungen führt die aktuelle Krise in der Zivilgesellschaft?
2. Welche spontanen und strukturellen Solidaritätspotentiale gehen von Zivilgesellschaft in der Krise aus? Wie trägt Zivilgesellschaft zur Krisenbewältigung bei?
3. Wie verändern sich krisenbedingt Formen der Zusammenarbeit im Engagement? Welche Potentiale digitaler Techniken werden mit welchem Nutzen vermehrt genutzt?

Damit sollten belastbare Informationen für anstehende Maßnahmen und Entscheidungen der Engagementpolitik der Länder erhoben und Impulse für die Engagementförderung privater Akteure wie Stiftungen und Unternehmen gegeben werden.

04

METHODISCHE ANLAGE

Für die vorliegende Studie wurden im Zeitraum von 16. bis zum 30. April 45 qualitative Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Leitungsebene von Verbänden auf der Landes- und der Bundesebene, von Infrastruktureinrichtungen im Bereich der Engagementförderung, der organisierten Selbsthilfe und von Bürgerstiftungen durchgeführt. Die leitfadengestützten Interviews dauerten gemittelt rund 30 Minuten. Befragt wurden schwerpunktmäßig Zusammenschlüsse und Organisationen aus den zehn größten Engagementbereichen der Zivilgesellschaft (ZiviZ-Survey 2017; Freiwilligensurvey 2014).

Die Verteilung der Interviews auf unterschiedliche Engagementbereiche verfolgt ein methodisches Ziel. Die Finanzierung gemeinnütziger Organisationen setzt sich üblicherweise aus vier unterschiedlichen Finanzierungsformen zusammen: Wichtige Quellen der Einnahmen von Vereinen, Stiftungen und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft sind Mitgliederbeiträge, Spenden und Sponsoring, erwirtschaftete Mittel und öffentliche Förderungen. Der jeweilige Finanzierungsmix, also Muster in der Kombination dieser unterschiedlichen Einnahmearten, unterscheiden sich stark in Abhängigkeit von Engagementbereichen (Sport, Kultur, Gesundheit und anderen.) So sind Sportvereine üblicherweise zu einem höheren Grad aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, Einrichtungen der sozialen Dienste hingegen stärker über selbsterwirtschaftete Mittel. In Bereichen der internationalen Solidarität spielen hingegen Spendeneinnahmen eine größere Rolle.

Eine der stärksten Auswirkung der Coronakrise auf gemeinnützige Organisationen wird in der gegenwärtigen Diskussion in drohenden, teils existenzbedrohenden Einnahmeverlusten erkannt. Durch die systematische Berücksichtigung unterschiedlicher Engagementbereiche soll daher sichergestellt werden, dass bereichsspezifische Unterschiede abgebildet werden können.

An die Interviews anschließend werden in den kommenden Wochen digitale Folgebefragungen zur Entwicklung der Lage im gemeinnützigen Sektor durchgeführt.

05

DIE LAGE IN EINZELNEN BEREICHEN

5.1 Sport – Arenen kommunaler Selbsthilfe

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Sportbereich wird zumindest in den ersten Wochen als eine teilweise Schockstarre und tiefe Verunsicherung beschrieben.

Besonders stark betroffen sind insbesondere Großsportvereine, die auch als Dienstleister mit Kursangeboten arbeiten und damit auf Einnahmen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb angewiesen sind. Die Einnahmeausfälle seien teils hoch, können aber noch nicht beziffert werden. Nach Einschätzung einzelner Befragter seien Großsportvereine auch daher stärker betroffen, da Mitgliedschaftsbindungen zu diesen häufig weniger stark und belastbar seien. Die Gefahr möglicher Austritte und damit langfristiger Folgeschäden sei für diese Zielgruppe besonders hoch.

Hinsichtlich des möglichen Szenarios von Austrittswellen von Vereinsmitgliedern gibt es unter den Interviewees sehr unterschiedliche Einschätzungen. Der Geschäftsführer eines südlichen Landessportbundes meint, Sportvereine seien „nicht so teuer“ und weniger Dienstleister als vielmehr Gemeinschaft Gleichgesinnter. Das Szenario von Austritten sei daher unrealistisch, Mitgliedschaftsbindungen durchaus belastbar. Die Generalsekretärin eines im Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) organisierten Dachverbandes hält bei länger andauerndem Lockdown sukzessive Austritte von Mitgliedern hingegen für möglich, insbesondere dann, wenn aufgrund von drohender Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit der ökonomische Druck auf Privathaushalte steige. Bislang gäbe es dafür aber noch keine Anzeichen.

In kleinen Vereinen und Monosportvereinen mit dominanter Mitgliedschaftsfinanzierung seien die Auswirkungen weniger gravierend. Da die Finanzierung hier zu hohen Teilen über Mitgliedschaftsbeiträge gesichert sei, seien die ökonomischen Auswirkungen weniger ausgeprägt. Mit zunehmender Dauer der Krise wurde aber auch für diese Gruppe von Vereinen die Befürchtung eines Mitgliederschwundes geäußert.

Die häufig geäußerte Erwartung, Sportbetrieb unter gewissen Auflagen zumindest partiell wieder zu ermöglichen, nährt sich auch aus der Sorge, dass ein Fortdauern der Lähmung der Vereinstätigkeit zur Schwächung von Mitgliedschaftsbindungen beitragen könne.

Schließlich wurde aber auch die Möglichkeit geäußert, dass die Krise mit Blick auf Mitgliederbindungen just den gegenteiligen Effekt haben könne, dass also die Krise die Bindung eher stärke („das ist mein Verein“). Teils wird durch Maßnahmen der Vereinsführung auch direkt an die Bindung der Mitglieder und die Identifikation mit dem Verein appelliert. So hat ein Sportverein beispielsweise für alle seine Mitglieder Atemmasken mit dem Vereinslogo bedrucken lassen und diesen zugesandt.

Die hauptamtlichen Strukturen in größeren Sportvereinen und Sportverbänden stehen den Berichten zu Folge überwiegend positiv dar. Nur vereinzelt gäbe es Fälle von Kurzarbeit, sowohl bei Verbandsgliederungen als auch auf lokaler Ebene in Vereinen. Durch Lockerung der rechtlichen Rahmenbedingungen sei es auch möglich, dass Jugendfreiwilligendienstleistende in anderen Arbeitsbereichen mitwirken.

Mit Blick auf die ökonomischen Folgen der Krise seien die *aktuellen Auswirkungen* und zu *erwartenden Folgewirkungen* zu unterscheiden. Zu diesen können zum Beispiel Verluste von Kooperationspartnern und Sponsoringeinnahmen zählen. Langfristig würden sich auch Ausfälle von Einnahmen durch entfallene Veranstaltungen bemerkbar machen.

Zu langfristigen Folgewirkungen könnten auch ungewollte politische Effekte führen. So wurde beispielhaft von einem Bundesland in Ostdeutschland berichtet, in dem für Sportvereine zwar eine erhebliche Soforthilfe bewilligt wurde, gleichzeitig aber die Infrastrukturfinanzierung für Sportstätten zurückgefahren wurde. Krisenerleichterung gehe damit mit der langfristigen Schwächung der Lebensgrundlage von Vereinen einher.

Von Sportvereinen ausgehende spontane Hilfsangebote seien enorm umfangreich. Gerade in ländlichen Regionen seien Vereinsstrukturen im Sport die Arenen, in denen sich solidarisches Handeln organisiert. Der Sportverein bleibe so häufig als Community bestehen, auch wenn es teils zu „ganz neuen Formen der Interaktion“ komme, die als positive Effekte aus der Krise beschrieben werden. Berichtete Beispiele sind neben Einkaufshilfen zum Beispiel die Nutzung von Sport- und Vereinsheimen für mobile Essensbestellungen. Jugendliche Mitglieder fahren Pizzen aus. Vielfach würden auch Videos (#zusammenfit) von Mitgliedern als Online-Fitness Angebote gepostet. Gerade die Beispiele kreativer und spontaner Hilfsangebote im Jugendsport seien immens (#bewegungsstrasse, Sport am Zaun, #Heimarena). Die Hilfsbereitschaft sei vergleichbar oder noch ausgeprägter denn zur Phase der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen. Die Kommunikation von Angeboten erfolgt entweder über Flyer oder über digitale Plattformen wie nebenan.de

Von mehreren Interviewees wird jedoch auch berichtet, dass sich zunehmend Ungeduld entwickle und Vereine, Engagierte und Mitglieder wieder aktiv ihren Sport aufnehmen wollen. Mehrfach wird hier auch auf die vom DOSB veröffentlichten „Leitplanken“¹ verwiesen. Die Grundhaltung eines gemeinschaftlichen „wie bewältigen wir gemeinsam die Krise?“ sei keine selbstverständliche und auf Dauer belastbare Haltung. Die Befragten attestieren den Engagierten vor Ort aber auch die Akzeptanz, dass diese Öffnung nur stufenweise geschehen und eher Freiluft- als Hallensportarten betreffen könne.

¹ Deutscher Olympischer Sportbund (letzter Zugriff: 30. April 2020): https://cdn.dosb.de/user_upload/www.dosb.de/LandingPage/Startseite/Leitplanken/Zehn_DOSB-Leitplanken.pdf

Im organisierten Sport wird das Thema Digitalisierung als zwischen Ländern und einzelnen Fachverbänden sehr unterschiedlich weit vorangetrieben skizziert. Einzelne Länder sind mittlerweile sehr gut aufgestellt. Der Geschäftsführer eines südlichen Landessportbundes berichtet zum Beispiel, dass auf Landesebene eine für alle nutzbare Plattform für Videokonferenzen eingeführt wurde, auch weitere digitale Plattformen für Datenmanagement und Verwaltungsprozesse in Vereinen. Bestandserhebungen im Verbandsbereich könnten so vollständig digital abgewickelt werden. Damit seien zugleich die Systeme und Dateiformate kompatibel, was die Hilfe bei Problemen und die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen erleichtere.

Bei anderen Landesverbänden scheitern ähnliche Vorhaben komplett am Geld und – aufgrund der hohen Budgetbelastung – auch am Mitgliedervotum. Zudem hätten ältere Engagierte häufiger Vorurteile gegen das Thema gehabt. Diese seien durch die Krise überwiegend ausgeräumt, da der Nutzen digitaler Medien allen unmittelbar plausibel sei.

Gerade zur Rolle älterer Menschen bei der Digitalisierung kommt es zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen. Mehrere Befragte, auch im Sport, widersprechen explizit der Einschätzung, dass Kompetenz und Motivation zur Auseinandersetzung mit digitalen Möglichkeiten zwischen unterschiedlichen Altersgruppen verschieden gelagert sei.

Umgekehrt haben junge Engagierte häufig die Rolle von Impulsgebern und Experten in den Vereinen. Hinsichtlich Datensicherheit wird der Umgang mit einzelnen Apps und Programmen als „gesunder Pragmatismus“ beschrieben.

Das größte Problem für die Digitalisierung von Vereinsarbeit sei in ländlichen Regionen die Netzqualität.

Als Forderungen an die Politik werden am häufigsten finanzielle Hilfen und die Möglichkeit, wieder Sport im Freien ausüben zu können, genannt. Die finanziellen Hilfen sollten teils Einkommensausfälle und Schäden für die Vereine kompensieren, teils auch dafür genutzt werden, Vereine bei Maßnahmen der internen Digitalisierung zu unterstützen.

5.2 Bildung – geschwächtes Korrektiv sozialer Ungleichheit

Der Bereich Bildung ist kein etwa dem Sport vergleichbarer Bereich mit einer relativ homogenen Vereinslandschaft. Schulfördervereine, Akteure der gemeinnützigen Weiterbildung, Bürgerstiftung mit kiezbezogenen Angeboten, Stiftungen mit überregionaler Reichweite, Träger von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und viele andere Organisationstypen bilden zusammen dessen gemeinnützige Organisationslandschaft².

Die besondere Konstellation des Handlungsfeldes besteht zudem darin, dass sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Angebote als ergänzend zum öffentlichen Bildungssystem verstehen oder als Kooperationsprojekte angelegt sind. Zivilgesellschaftliche Bildungsangebote sind damit durch die Schließungen von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zusätzlich in ihrem Handeln gelähmt.

² Siehe dazu: J. Priemer, V. Mohr (2018): Vereine, Stiftungen und Co: die neuen Bildungspartner? Sonderauswertung des ZiviZ-Survey 2017, im Netz: <https://www.ziviz.de/vereine-stiftungen-und-co>

Besonders im Bildungsbereich ist nach Einschätzung einzelner Interviewpartner, dass viele der Engagierten in Betreuungs- und Nachhilfeangeboten Teil der Risikogruppe sind. Deshalb fallen beispielsweise Mathe- und Leseförderprogramme aus. Dieser Umstand kann möglicherweise von längerfristiger Bedeutung sein, da auch nach der sukzessiven Wiederaufnahme des Schulbetriebes der besondere Schutz von Risikogruppen wie älteren Menschen weiter bestehen wird. Wie stark daraus ein quantitativ relevantes Problem resultieren kann, ist aktuell und auf Grundlage der Interviews jedoch noch nicht abzusehen.

In der Schließung von Schulen und Kitas wird auch eine Gefahr für den Bildungsbereich gesehen, der soziale Ungleichheiten verstärkt und benachteiligte Kinder durch fehlende Zugänge und Unterstützung weiter zurückfallen lassen würde. In diesem Sinne fungiere die Krise als Brennglas für Probleme wie soziale Ungleichheit, die auch schon vor der Krise bestanden. Gleichzeitig nehme die Krise – so die wahrgenommene Situation – die Aufmerksamkeit für solche Herausforderungen. Geplante Integrationsprojekte, das berichtete eine Gesprächspartnerin, würden verschoben, da diese jetzt „gerade nicht der Fokus“ seien.

Telefon- und Videokonferenzen sowie digitale Veranstaltungsformate finden auch hier weite Verbreitung. Das gilt sowohl für die Kommunikation in und zwischen gemeinnützigen Organisationen, aber auch für die digitale Ausgestaltung von Bildungsangeboten. Auch hier wurde in einem Interview auf die problematische Dimension sozialer Ungleichheit hingewiesen, da Kinder und Jugendliche je nach familiärer Herkunft und Bildungshintergrund nicht gleichermaßen an digitalen Angeboten partizipieren könnten. Auch in dieser Hinsicht fungiere die Krise als Brennglas für Problem, die bereits vor der Krise da gewesen seien. Zudem fehle es an Initiativen und gemeinnützigen Organisationen an Know-how und Ressourcen, um Bildungsangebote in kurzer Zeit digital umzustellen. Insgesamt bestehe ein immenser Bedarf an Einzelfallberatung. Mit Blick auf datenschutzrechtliche Themen gehe es auch um Verbraucherschutzinformationen, gerade für kleine Akteure. Die angekündigte Stiftung für Ehrenamt und Engagement wird auch hier als möglicher institutioneller Leistungserbringer für diese Forderungen gesehen.

5.3 Kultur – partieller finanzieller Notstand

Das Engagement in kulturellen gemeinnützigen Einrichtungen liegt brach. Bei einem befragten Landesverband soziokultureller Einrichtungen bedeutet das, dass alle Einrichtungen geschlossen seien, insbesondere die gastronomischen Einrichtungen. Kurzarbeit sei mittlerweile weit verbreitet. „Alle haben Soforthilfe oder Kurzarbeitergeld beantragt. Mitarbeiterinnen ohne Verträge sind gestundet.“ Doch lägen bereits jetzt erste Meldungen vor, dass auch diese Maßnahmen nicht mehr ausreichten, wie die Geschäftsführerin einer Landesarbeitsgemeinschaft berichtet. Mit einzelnen Bundesländern werde über ein Kompensationsprogramm verhandelt.

Ein anderer Landesverband berichtet, dass in den Einrichtungen noch intensiv gearbeitet werde und die Krise auch einen „Engagement-Schub“ darstelle, der in Richtung Soforthilfen gerichtet ist. Stadtteilzentren, Quartiertreffs und soziokulturelle Einrichtungen werden zu Drehscheiben der quartiersbezogenen Selbsthilfe. Was kaum nachgefragt werde seien Einkaufshilfen. Hingegen gäbe es in den Einrichtungen Nähgruppen für Masken, unter anderem auch mit geflüchteten Menschen. Auch Schulungen zur Nutzung digitaler Medien für jüngere und ältere Menschen würden angeboten.

Die Unruhe und Ungewissheit sei sehr groß, die Notwendigkeit ständiger Kommunikation daher auch. Dennoch habe keiner wirklich aufgehört zu arbeiten, einzelne Einrichtungen übernehmen die Arbeit von Tafeln. Genauso problematisch wie die Lage der Einrichtungen sei die Lage der Künstlerinnen und Künstler.

Hilfreich ist, dass Förderungen öffentlicher Projekte fortlaufen, das wird übereinstimmend in unterschiedlichen Bundesländern berichtet. Auch wird positiv von der Zusammenarbeit mit den zuständigen Referaten und Ämtern auf Landesebene berichtet, diese sei „schnell und pragmatisch“. Gleichzeitig wird kritisiert, dass in der Wahrnehmung von kulturellen Einrichtungen teils „getrickst“ werde, „Kurzarbeit und Soforthilfen werden mit Fördergeldern gegengerechnet und abgezogen.“

Mit Blick auf die finanzielle Lage richtet sich die Sorge auch auf den Jahreswechsel, da hier bei Firmenmitgliedschaften in Kulturfördervereinen und Sponsoren von kulturellen Einrichtungen Einbrüche befürchtet werden. Die finanziellen Risiken der aktuellen Krise könnten daher mit einem Zeitversatz Folgewirkungen verursachen. Um diesem Risiko etwas entgegenzusetzen, schlägt ein Interviewee vor, auch eine Anerkennungskultur für Spenden und Spender politisch zu fördern.

Positiv berichten einzelne Interviewees, dass die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung hoch sei im Sinne einer Fortzahlung für Kurse und Überlassung von Anzahlungen und Gebühren für Kurse und Unterkünfte, auch wenn die Maßnahmen nicht stattfänden.

Was den Einrichtungen die Arbeit besonders schwer mache sei die Planungsunsicherheit. Unklar sei, ab wann Termine und Veranstaltungen wieder angesetzt werden können und ob dafür öffentliche Förderungen auch in das kommende Jahre verschoben werden könnten.

Als besondere Herausforderung bei der Kultur kommt hinzu, dass kulturelle Einrichtungen häufiger als andere gemeinnützige Organisationen öffentliche Mittel aus kommunalen Haushalten erhalten. Auf kommunaler Ebene komme es aber in einzelnen Fällen zu Haushaltssperren. „Manche schütten jetzt schon Wintergelder aus damit die Häuser liquide bleiben, andere verwenden die Gelder anderweitig.“

Gerade die prekär aufgestellten kulturellen Einrichtungen äußern auch im Themenfeld Digitalisierung erhöhten Unterstützungsbedarf gegenüber Bund, Ländern und Kommunen. Es fehle in den Einrichtungen an Expertise und technischer Ausstattung. Dennoch werden auch externe Formate erprobt und Veranstaltungen gestreamt. Über Video-Calls fänden Yoga und Gymnastik-Kurse statt. Auf der Leitungsebene führe die Lage zur Öffnung gegenüber digitalen Formen der Zusammenarbeit, nachdem sich beispielsweise Vorstände lange gewehrt hätten, Sitzungen digital abzuhalten. Der größte Bedarf bestehe insgesamt an Beratung und Expertise.

Hinderlich wird die Rolle der Politik im Thema Datenschutz beschrieben. Hier verunsichere Politik eher, als dass sie Klarheit schaffe. Die Erwartungen an Politik sind im Weiteren klar: Digitalisierung kostet Geld, sowohl die Hardware als auch der Aufbau an Nutzungskompetenz. Ohne staatliche Unterstützung sehen mehrere Interviewees die Organisationen im Bereich Kultur von dieser Aufgabe überfordert.

5.4 Soziale Dienste – prekäre ehrenamtliche Strukturen und unterversorgte Zielgruppen

Der Bereich der sozialen Dienste, das duale System der freien Wohlfahrtspflege, ist wie kein anderer gemeinnütziger Bereich von einem hohen Anteil hauptamtlicher Beschäftigter in den Einrichtungen geprägt. Etwa 1,65 Millionen der 2,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im gemeinnützigen Sektor arbeiten im „Gesundheits- und Sozialwesen“, wie der entsprechende Wirtschaftszweig in der Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik genannt wird.³

³ Krimmer, H. (Hrsg.) Datenreport Zivilgesellschaft, Wiesbaden 2019, S. 95 ff.

Die Interviews, die in diesem Bereich geführt wurden, reflektieren eine sich krisenbedingt einstellende Asymmetrie von haupt- versus ehrenamtlich getragenen Leistungen auf Einrichtungs- und auf Verbandsebene. Damit einher gehen massive Leistungseinbußen für unterschiedliche Zielgruppen.

Ehrenamtliche Dienste, die physische Treffen beinhalten, finden aktuell nicht statt. Dazu zählen Besuchs- und Pflegedienste, Sterbebegleitung und andere ambulante Dienste. Die Krise zeige: „Es fehlt an verlässlichen Strukturen mit Hauptberuflichen vor Ort, die vernünftig ausgestattet sind.“ Hauptamtliche ambulante pflegerische Leistungen werden teils nicht mehr nachgefragt, da diese von Angehörigen übernommen werden. Auch Begegnungstätten seien geschlossen, sozial Schwächere hätten daher keine Anlaufstelle. In der Vereinsamung für Teile der Zielgruppen der sozialen Arbeit wird ein großes Problem gesehen. Dagegen hülfe auch keine digitalen Kanäle.

Weitere gravierende Einschränkungen treten unter anderem auch in Geflüchtetenheimen auf, da Angebote der Flüchtlingshilfe stark eingeschränkt seien. Unterschiedliche Prozesse etwa von Jobcentern und Beratungszentren, die mit Arbeitserlaubnis und Aufenthaltstiteln zu tun haben, seien so verzögert, dass Migrantinnen und Migranten ihre Jobs verlieren. Andere Zielgruppen wie Wohnungslose und Obdachlose seien von Schließungen von Tafeln stark betroffen.

Die finanzielle Lage in den hauptamtlich geprägten sozialen Diensten wird überwiegend positiv diskutiert. Schwieriger sei die Lage bei Einrichtungen wie Kleiderkammern, Kaffeetreffs und ähnlichen engagementgetragenen Angeboten. Für diese brächen Finanzierungen weg, müsse es eine finanzielle Unterstützung geben. Extrem angespannt sei die Lage auch bei Einrichtungen und Mitgliedsorganisationen von Jugendverbänden. Jugend- und Bildungsstätten stünden kurz vor der Insolvenz.

Bei einzelnen Verbänden tritt zudem ein wahrgenommenes Ungleichgewicht in der Verbandsarbeit auf, wenn etwa Bereiche wie das sozialpolitische Engagement überwiegend durch Ehrenamtliche geleistet werde und aktuell komplett ruhe. Die hauptamtlichen Stäbe werden zur Infrastruktur für Engagierte und Ehrenamtliche, insgesamt finde eine Gewichtsverschiebung zwischen Haupt- und Ehrenamt statt.

Probleme werden teils auch für die Zukunft von klassischem Engagement in sozialen Einrichtungen gesehen. Sollte die aktuelle Phase länger dauern, könne dieses Engagement irgendwann nicht mehr reaktiviert werden. Damit käme es durch die Krise zu strukturellen Schäden an gewachsenen Engagementstrukturen.

Die quantitative Ausprägung von spontanem Engagement sei hoch. Es sei ein Phänomen der Krise, dass ganz viele Menschen jetzt Zeit haben und sich engagieren wollten. Von unterschiedlichen Interviewees wird die Bereitschaft zum spontanen Engagement höher als in der Phase der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen in

2015/16 eingeschätzt. So entstehen neue Engagementformen wie Einkaufshilfen, Jugendaktionen wie das Schreiben von Briefen an ältere Menschen, Eheberatungen in Krisenzeiten und andere.

Recht unterschiedlich wird die Nachfrage nach den zahlreichen neuen Angeboten eingeschätzt. Teils wird wahrgenommen, dass die Angebote stärker nachgefragt würden als vorhanden, andere Stimmen gehen in die gegenteilige Richtung. Es werde versucht, den Wegfall von konventionellen ambulanten Ehrenamtsdiensten durch Telefonketten, Telefonangebote für ältere Menschen und andere Maßnahmen aufzufangen. Teils müssen Engagementwillige gebremst werden, da sie selbst zur Risikogruppe gehörten. In einzelnen Gesprächen wird aber auch klar pointiert, dass das spontane Engagement nicht das „klassische Engagement“ der regulären sozialen Dienste ersetze.

Die Krise als Katalysator von Digitalisierungsprozessen in Engagementstrukturen wird auch im Bereich sozialer Dienste klar bejaht. Gleichzeitig fehle das Geld, Einrichtungen und Landesverbände adäquat auszustatten. Es wird teils eine klare Erwartungshaltung zum Ausdruck gebracht, dass dies Aufgabe einer Bundesförderung sei. Mehrere Befragte wünschen sich staatliche Unterstützung für ihre internen Digitalisierungsprozesse in Form von Beratungsangeboten oder einer Plattform mit Online-Beratungsmöglichkeiten. In einigen Fällen trafen auch verschieden gelagerte Mindsets aufeinander: pragmatische Anwendungsorientierung kollidiert dann mit Ansprüchen nach Datensicherheit. In den neuen Bundesländern wird verstärkt die mangelnde Netzabdeckung kritisch angemahnt.

5.5 Freizeit und Geselligkeit – Digitalisierungsschub mit Hürden für gemeinschaftliche Aktivitäten

Der Bereich Freizeit und Geselligkeit ist charakterisiert von klassischen Vereinsstrukturen, wenig hauptamtlicher Beschäftigung und umfangreichem bürgerschaftlichem Engagement. Der dominante Finanzierungsmodus ist der über Mitgliedschaftsbeiträge. Große Teile der Vereine sind eher in kleineren Städten und ländlichen Regionen angesiedelt, von Brauchtums- über Landfrauen- zu Züchtervereinen und weiteren.

Vereine des Bereichs Freizeit und Geselligkeit verstehen sich häufig als Wertegemeinschaften oder Gemeinschaften Gleichgesinnter. Der Ausfall aller gemeinsamen Reisen, Bildungsvorträge, Sportkurse, wöchentliche Stammtische und weiterer Veranstaltungen trifft die Vereine daher in ihrem Lebensnerv, da der „zwischenmenschliche Kontakt“ fehle.

Das hat auch Auswirkungen auf die Motivation von Engagierten. Ansätze, sich wechselseitig unter Engagierten, zwischen Engagierten und Hauptamtlichen, aber auch zwischen Verbandsgliederungen spielen daher eine Rolle.

Mit dem Ausfall von Großveranstaltungen wie dem Landfrauentag des Deutschen Landfrauenverbandes sind zugleich massive finanzielle Konsequenzen verbunden. Dennoch kommt es bislang in den Gliederungen befragter Verbände selten zu Kurzarbeit. Auch bestehen Sorgen bei Verantwortlichen, dass es mangels erbrachter Leistungen zu Austritten aus den Vereinen komme. Dennoch erlaube die stark mitgliedschaftsbasierte Finanzierung der Vereine und Verbandsstruktur eine relative finanzielle Stabilität. So gibt es bislang keine Berichte von Kurzarbeit.

Auch in diesem Bereich kommt es zur verstärkten Nutzung digitaler Medien. Da Vereine dieses Bereiches aber zu großen Teilen auch in ländlichen Regionen aktiv sind, sind die Berichte und Klage über schlechte Netzabdeckungen und Zugänge zum Internet auch vergleichsweise häufig. So wurde von einer Ehrenamtlichen berichtet, „die zur nächsten Apotheke fahren muss, um Internet zu haben und auf E-Mails zu antworten.“

Digitalisierung wird auch in diesen Verbandsbereichen als zentraler Schlüssel zur Aufrechterhaltung eines Minimums an Vereins- und Verbandsleben erachtet. Ganze Verbandsgliederungen und Geschäftsstellen arbeiten aus dem Homeoffice heraus. Da stärker in ländlichen Regionen organisiert und mit anderer Mitgliederstruktur ausgestattet, fällt in vielen Vereinen die Umstellung auf digitale Formen der Zusammenarbeit den Berichten zufolge aber vergleichsweise schwer. Für viele Engagierte und Mitglieder seien die Medien und der Gebrauch digitaler Tools „fremd und machen Angst“, sodass die Engagierten sich nicht trauten, diese zu nutzen: „Kenne ich nicht, mache ich nicht“ sei häufig das Motto.

5.6 Umwelt und Naturschutz – Sorge um die eigenen Organisationen und die Umwelt

Einer der großen Naturschutzverbände hat mit einer Mitgliederbefragung ein Stimmungsbild zur aktuellen Lage in der Corona-Krise eingeholt. Als zentrale Herausforderung ergibt sich die Lösung von Finanzierungsfragen. Die besondere Konstellation vieler gemeinnütziger Organisationen im Umweltbereich sei: Projektförderungen erlaubten den verwaltenden Vereinen und Einrichtungen keinen Aufbau finanzieller Rücklagen. Spenden und Fördermittel von Unternehmen und Stiftungen brechen teils weg. Und laufende Projektförderungen seien an nicht realisierbare Projektergebnisse gekoppelt. Dazu kommt, dass zahlreiche Mitgliedsorganisationen sich zu relevanten Teilen über Workshop- und Bildungsformate finanzieren, Kursgebühren und andere selbsterwirtschaftete Einnahmen. Gerade der Frühling und der frühe Sommer sei die Phase für Bildungsangebote und Exkursionen, die auf unbestimmte Zeit abgesagt werden mussten. Diese Einnahmen brächen nun vollständig oder zumindest größtenteils weg.

In Reaktion werden hauptamtliche Strukturen – sofern vorhanden – auf Kernteam reduziert. Freie Mitarbeitende werden größtenteils freigestellt.

Der Verband hat daher die Hoffnung auf Liquiditätshilfen und einen Notfallfonds analog den wirtschaftlichen Hilfen. Zudem sollten Projektlaufzeiten, Personalkosten und Verwendungsnachweise bei Projektmitteln flexibler gehandhabt werden können.

Eine wichtige Sorge betrifft die inhaltliche Sorge von Umweltschutzorganisationen: Die Krise schränke momentan fast alle Formen öffentlicher politischer Meinungsartikulation wie Demonstrationen oder ähnliches ein. Gleichzeitig bestehe Anlass für die Vermutung, dass politisch Handelnde mit Blick auf eine wirtschaftliche Erholung im Kontext von Konjunkturpaketen oder anderen Maßnahmen Umweltstandards und Klimaschutzmaßnahmen für weniger wichtig erachten würden. Die Situation gebe damit Anlass für zivilgesellschaftliches Handeln im Themenfeld und beschneidet zugleich die möglichen Handlungsformen des Protests. Der Appell richtet sich daher an politische Entscheidungsträger: „Wenn über Lockerungen gesprochen wird, ist es wichtig, dass Vereine nicht vergessen werden.“

Im Kontext von spontanem Engagement sind auch Umweltorganisationen aktiv, teils mit Bezug zu ihrem Thema. So gibt ein Landesverband des BUND Tipps gegen den „Lagerkoller“ und für ein bewusstes Naturerleben.

Die Umstellung auf die Arbeit aus dem Homeoffice heraus ist auch den Organisationen dieses Bereichs leichter als gedacht gelungen. Herausforderungen stellen auch in diesem Bereich die Netzqualität in ländlichen Regionen und Fragen der Datensicherheit und des Datenschutzes dar. Die Datensicherheit bei der Nutzung von kostenfreien Instrumenten für Videokonferenzen oder internetbasierten Lösungen zum gemeinsamen digitalen Arbeiten werde mit großer Sorge hinterfragt. Wünschenswert seien daher Empfehlungen unbedenklicher Angebote von politischer Seite. Es wurde der Vorschlag geäußert, ein zentrales Angebot für gemeinnützige Organisationen zu schaffen oder vom Datenschutzbeauftragten des Landes oder Bundes zu prüfen.

5.7 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz – Kontinuität von Engagement trotz Krise

Der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz ist kein rein zivilgesellschaftliches Handlungsfeld. Das Technische Hilfswerk (THW) etwa ist eine oberste Behörde des Bundes und dem Bundesinnenministerium unterstellt. Zugleich werden die Leistungen des THW zum größten Teil durch bürgerschaftlich Engagierte erbracht. Anders verhält es sich etwa bei den freiwilligen Feuerwehren, die als Vereine organisiert sind.

Bei THW und freiwilligen Feuerwehren sind aktuell Schulungs- und Übungsdienste ausgesetzt, die einen größeren Anteil der normalen Dienstzeit ausmachen. Außerhalb von Einsätzen besteht in freiwilligen Feuerwehren zudem ein Betretungsverbot der Feuerwehrhäuser. Ein Landesbeauftragter des THW weist darauf hin, dass das zu Distanz zwischen den Ehrenamtlichen führe. Dem wird versucht aktiv durch ein Mehr an Kommunikation entgegenzuwirken.

Im Gegensatz zu anderen gemeinnützigen Handlungsfeldern ruht die Arbeit im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz nicht. Das THW ist bundesweit zum Beispiel mit durchschnittlich 900 Kräften im Einsatz, davon 700 Ehrenamtliche und 200 Hauptamtliche. Bei beiden sei die gleiche Betroffenheit durch die Gefahr einer Erkrankung mit dem Corona-Virus wie bei der restlichen Bevölkerung gegeben und folglich kommt es auch zu Verunsicherungen und Fragen. Dennoch gäbe es keine Einschränkungen bei den Einsätzen. Die persönlichen Sorgen wirkten sich nicht auf das Engagement aus.

Anerkennung und öffentliche Wertschätzung für die ehrenamtliche Arbeit im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz ist daher ein wichtiges Thema für die Interviewten. Denn auch in der Krise falle etwa bei freiwilligen Feuerwehren viel Arbeit an: „da gibt’s logistische Tätigkeiten, Versorgungstätigkeiten, Verbreitung von Informationen“ und anderen Aufgaben. Deutlich wird in einzelnen Interviews, dass die hohe Wertschätzung für Hauptamtliche in sogenannten systemrelevanten Berufsgruppen bei gleichzeitiger Absenz einer Würdigung der Engagierten in den freiwilligen Feuerwehren als ungerade empfunden wird: „Während die ehrenamtlichen Kräfte in der Coronakrise rund um die Uhr bereit sind und trotzdem nichts dafür bekommen. Da könnte man mal den Fokus drauflegen.“

Aus der besonderen Aufstellung des THW als Bundesorganisation leitet sich ab, dass es keine finanziellen Auswirkungen durch die Krise gibt. Die Finanzierung der Arbeit des

THW erfolgt über den Bundeshaushalt, nicht über Mitgliedereinnahmen. Ähnliches gilt für freiwillige Feuerwehren, die Einrichtungen der Gemeinden sind.

Spontanes helfendes Engagement spielt keine Rolle in Organisationen des Bereichs, da der Lockdown den konventionellen Tätigkeitsbereich der Engagierten und Organisationen nicht betrifft, das Engagement im eigentlichen Handlungsfeld also weitergeht.

Digitalisierung spielt im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz auch eine wichtige Rolle, bereits vor der Krise. Die Ausbildung ehrenamtlicher Kräfte im THW erfordert Lehrgänge, die zur Folge haben, dass sich Engagierte bis zu einer Woche von ihren Arbeitgebern freistellen lassen. Um Rollenkonflikte zu reduzieren wird bereits seit längerem daran gearbeitet, Teile der Fortbildungen digital als E-Learning Formate durchzuführen. Um in der Krise weitere Schritte in Richtung digitaler Zusammenarbeit zu gehen, sei das größte Hindernis die „Sicherheitsauflage, die der Bund für seine Behörden auferlegt.“ Die gesicherten IT-Systeme des THW seien mit den privaten Geräten der 80.000 Engagierten nur eingeschränkt kommunikationsfähig.

5.8 Gesundheit/Selbsthilfe – Folgeschäden für Zielgruppen befürchtet

Die Selbsthilfe, ein wichtiges Segment an Organisationen im Handlungsfeld Gesundheit, ist durch die Corona-Krise empfindlich getroffen worden. Die Lage in den Selbsthilfekontaktstellen wird teils als „Ohnmacht“ beschrieben. Die Möglichkeiten zum direkten Kontakt bestehen nicht mehr und in den Kontaktstellen fehlen die Möglichkeiten, regelmäßig in den virtuellen Raum einzuladen.

Vom Ausfall von Selbsthilfeangeboten seien insbesondere Suchtihilfegruppen und der Bereich der psychischen Erkrankungen betroffen. „Für Alkoholabhängige ist der regelmäßige Gang in einen neutralen Raum existenziell, um nicht rückfällig zu werden.“ Die wichtigste aktuelle Herausforderung wird darin gesehen, dass Selbsthilfegruppen nicht den Kontakt zu den Befragten verlieren. Hier wird auch eine klare Erwartungshaltung an die Politik gerichtet, Klarheit darüber zu schaffen, ab wann sich Selbsthilfegruppen wieder treffen dürfen. Erleichternd würde sich bemerkbar machen, wenn zum Beispiel Kommunen große Räume zur Verfügung stellen würden.

Deutlich wird in den Interviews auch, dass ein empfundener Mangel an Wertschätzung des Engagements in der Selbsthilfe in der gegenwärtigen Krise noch stärker empfunden wird. So werde die Arbeit in Heimen zwar als systemrelevant anerkannt, aber nicht das pflegerische Engagement von Angehörigen von zwei Millionen Menschen, die zu Hause gepflegt würden. „Engagement im sozialen Nahraum muss mehr Aufmerksamkeit erhalten. Und für chronisch Kranke, behinderte Menschen und Pflegebedürftige ist die Nachbarschaft schon immer wesentlicher Pfeiler der Ermöglichung gewesen.“

Bei der Bewältigung von Herausforderungen der Digitalisierung wird daher auch eine stärkere Rolle des Bundes und öffentlicher Mittel gesehen. Aber nicht nur beim Thema Digitalisierung werden Erwartungen an die Politik gerichtet. In den aktuellen politischen Erlassen und Verlautbarungen werde die Selbsthilfe häufig nicht explizit genannt. Auch von den Gesundheitsministerien kämen keine klärenden Informationen. So hängen viele Selbsthilfekontaktstellen in einem Zustand der Unsicherheit, wie und ab wann sie ihre Arbeit fortsetzen können.

Digitale Ersatzstrukturen für physische Treffen werden zwar versucht aufzubauen. Selbst wenn Kompetenz und Hardware vorhanden sind, scheitert der Ausweg in den digitalen Kontakt aber teils an der Netzqualität, teils stellt sich die Datensicherheit als große Hürde heraus. Da persönliche und sensible Inhalte ausgetauscht werden und in den Kontaktstellen personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind Erwägungen der Datensicherheit relevanter als in anderen Handlungsbereichen. „Selbsthilfegruppen brauchen unbedingt datensichere Formate, da sehr sensible Aussagen getätigt werden.“

5.9 Kirche und religiöser Bereich – spirituelle Erfahrungen im digitalen Raum

Unter das Engagement in und im Umfeld von Kirchen und religiösen Vereinigungen fallen auch Kirchenchöre, Krankenpflegevereine, kirchliche Kulturfördervereine, religiöse Frauenvereine und zahlreiche weitere Engagementkontexte. Diese Zusammenschlüsse werden zusätzlich zu den jeweils individuellen Themen und Tätigkeiten als Stütze des Glaubens und der Gemeinschaft er- und gelebt.

Nach Einschätzung der Interviewees in diesem Bereich fällt es vielen Engagierten schwer, mit der Nicht-Ausübung ihrer normalen Praxis und dem „Wegfall der Gemeinschaft“ klar zu kommen. Auch dann, wenn teils digitale Ersatzformate für das Gemeinschaftsleben stattfänden: „Statt Kaffeekränzchen im Gemeinderaum findet jetzt eine Telefonkonferenz statt.“ Dennoch sei – wie der Gesprächspartner einer muslimischen Verbandsorganisation hinweist – „die Gemeinschaft in ihrem spirituellen Bedürfnis eingeschränkt.“ Sowohl das Osterfest als auch der muslimische Fastenmonat Ramadan mit dem abendlichen Fastenbrechen (Iftar) fallen in die Phase des Lockdown.

Übereinstimmend wird sowohl bei Katholiken, Protestanten und Muslimen von empfindlichen finanziellen Auswirkungen der Krise gesprochen, da Kollekten und Spenden wegbürchen. Noch deutlicher betont eine ehrenamtliche Studienleiterin: „Der Wegfall der Kirchenkollekte reißt große Löcher in die Haushalte der kirchlichen Einrichtungen.“ Auch zukünftig abnehmende Einnahmen aus der Kirchensteuer werden erwartet. Dennoch wird mehrfach kontextualisiert: „Geld ist nicht das Hauptthema.“ Einzig die Muslime sind vom Wegfall von Kollekten stärker betroffen, da sie über keine Einnahmen aus Kirchensteuern verfügen. Die finanzielle Aussicht für die Moscheegemeinden in den kommenden vier bis sechs Wochen wird daher auch als „sehr schlecht“ bezeichnet.

Auch und gerade in den Kirchen spielt das spontane Engagement eine besondere Rolle. Übereinstimmend wird berichtet, dass Gemeinden wichtige Orte für die Entwicklung neuer Engagementideen und deren gemeinschaftliche Umsetzung seien. Im Umfeld der Kirchen, insbesondere durch Caritas und Diakonie, sei schnell das Thema der „sozialen Nachbarschaft“ aufgegriffen worden. Auch wurden Kooperationen mit den Landkreisen geknüpft. Insgesamt wird von einer Zunahme von Engagement berichtet: „Ich kann nicht erkennen, dass ehrenamtliches Engagement weniger wird, im Gegenteil.“ Besonders wird auch das Engagement von Jugendlichen hervorgehoben, die beispielsweise bei der Spargelernte helfen und auch dann, wenn sie sonst wenige Berührungspunkte mit der Kirche hätten, sich jetzt in der Gemeinde engagieren. Die aktuelle Situation eines wahrgenommenen Überangebotes an Engagement bringt ein Interviewee pointiert auf den Punkt: „Wenn ich einen älteren Menschen auf der Straße frage, ob er Hilfe benötigt, wird er antworten, ‚mich haben schon drei gefragt.‘“

Die Maßnahmen von Bund und Ländern erhalten von befragten Katholiken, Protestanten und Muslimen explizite Zustimmung. Der Zentralrat der Muslime habe bereits vor den Maßnahmen von Bund und Ländern Mitte März die Schließung von Moscheen empfohlen. Dennoch dürfe die Politik gesellschaftliche Fragestellungen nicht aus dem Blick verlieren. Interviewees fordern beispielsweise, dass im Nachgang der Krise die Arbeitsbedingungen in Care-Berufen kritisch reflektiert werden solle. Auch eine deutlichere Wertschätzung des freiwilligen Engagements wird eingefordert.

Trotz Zustimmung zu den weitreichenden politischen Maßnahmen in der Corona-Krise wird angemahnt, dass die demokratischen Grundrechte nicht zu kurz kommen dürften. Für den Handlungsbereich der Glaubensgemeinschaften bedeute das: Es sollten wieder bestimmte Angebote und Formen gemeinsamer Glaubenspraxis zugelassen werden, wenn auch mit klaren Leitplanken. Artikuliert wird die Erwartungshaltung, dass Politik differenziert die Gegebenheiten vor Ort in den Blick nehmen oder zumindest berücksichtigen solle, da insbesondere große Kirchen vorgegebene Hygienemaßnahmen einhalten könnten.

Die Digitalisierung habe auch im glaubensgebundenen Engagement Einzug gehalten. Ein Interviewee berichtet, digitale Fundraisingmaßnahmen seien innerhalb einer Woche konzeptionell entwickelt und implementiert worden. „Unter ‚normalen‘ Umständen hätte dieser Prozess mindestens mehrere Monate gedauert.“ Weitere Veränderungen seien die Arbeit aus dem Homeoffice, Videotelefonie, Whatsapp-Gruppen mit Kindergärten und vieles mehr. Auch Personenkreise, die sich bislang eher schwer mit digitaler Kommunikation getan hätten, öffneten sich. Beispielsweise berichtet die Geschäftsführerin eines kirchennahen Frauenverbandes, dass ihre überwiegend älteren Mitglieder erhebliche Kreativität unter Beweis stellten, wie jenseits von Gottesdiensten digitale Räume für Spiritualität geschaffen werden können. Aber nicht nur in den Organisationen der Glaubensgemeinschaften, sondern auch bei ihren Zielgruppen bestehe viel Offenheit für die Nutzung digitaler Formate. Selbst „ältere Menschen sind sehr offen und viel mehr online. Die Resonanz der Kommunikation hat sich erhöht.“

Nicht jede digitale Aktivität sei jedoch erfolgreich. Beispielsweise sei es einer protestantischen Landeskirche zwar gelungen, die Ostergottesdienste im Internet zu streamen. Die Soundqualität sei aber mangels Technik und Kompetenz mangelhaft gewesen. Die Frage stellt sich daher, welche Verantwortungen für die weitere digitale Entwicklung geschaffen werden. Selbstkritisch meint ein Interviewee: „Die Kirche muss viel mehr in Digitalisierung investieren (IT, Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen).“ Auch sei der Bedarf an Weiterbildungsangeboten in dem Bereich riesig. Teils werde das gerade selbst in Angriff genommen, ein Interviewee berichtet von in Vorbereitung befindlichen Fortbildungen per Videokonferenz für die Mitgliedsvereine und -einrichtungen. Unterstützung seitens der Politik wird nur selten im finanziellen Sinne erwartet. Aber günstig sei es, wie der Leiter eines Arbeitsbereiches Ehrenamtsentwicklung meint, wenn die Politik Anreize dafür setze, dass in gemeinnützigen Organisationen mehr Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung stattfinde.

Es werden aber auch Grenzen digitaler Möglichkeiten betont. Der Geschäftsführer eines Diözesanrates in einem Erzbistum macht darauf aufmerksam, dass trotz aller augenblicklicher Veränderungen viele ältere Menschen von den digitalen Möglichkeiten abgeschnitten seien und betont die fortbestehende Wichtigkeit, dass öffentlich-rechtliche Funkanstalten Gottesdienste sendeten.

5.10 Migrantenorganisationen – Unsicherheit in Ausnahmesituation

Die Arbeit vieler Migrantenorganisationen steht in der Krise nicht still. Gerade für jene von ihnen, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Behörden und Politik vertreten, ergeben sich aus der Krise veränderte Herausforderungen. Der Vertreter eines Dachverbandes von über 70 Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten berichtet, dass es krisenbedingt bei Prozessen und Entscheidungen über Aufenthaltsberechtigungen zu erheblichen Verzögerungen kommt, was zu massiver Verunsicherung führe. In Geflüchtetenheimen könnten stellenweise die Hygienestandards nicht gewährleistet werden. Schon vor der Krise vorhandene Benachteiligungserfahrungen würden in der Krise verschärft bis zur Einschätzung, dass verstärkte Kontrollen der Polizei im öffentlichen Raum dem Muster eines racial profiling folgten. Sorgen werden auch hinsichtlich Migrantinnen und Migranten geäußert, die sich gesellschaftlich ohnehin bereits abgehängt fühlten und Radikalisierungstendenzen aufzeigten. Die adressierten Problemlagen von Migrantenorganisationen fängt ein Interviewee mit der Formulierung „Unsicherheit in einer Ausnahmesituation“ ein.

Eine zusätzliche Anforderung sei, dass „in kurzen Abständen neue Verordnungen auf Bund- und Länderebene beschlossen werden, die zur Basis gestreut werden müssen. Ein befragtes Landesnetzwerk aus einem ostdeutschen Bundesland gab an, dass die Übersetzungsarbeit der neuen Verordnungen in unterschiedliche Sprachen und das Aufrechterhalten eines Informationsflusses in beide Richtungen „enorme Ressourcen“ beansprucht. Eine Wahrnehmung von Benachteiligung beschreiben die Interviewees aber nicht nur bei ihren Zielgruppen und Mitgliedern, sondern in Einzelfällen auch hinsichtlich ihrer eigenen Rolle gegenüber der Politik. „Die Zusammenarbeit findet nicht auf Augenhöhe statt. Wir müssen uns immer beweisen.“

Die stärkere Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit von Migrationsräten, Netzwerken und Selbstorganisationen ist ein in fast allen Interviews geäußertes Anliegen. Die eigene Arbeit wird als „systemrelevant“ wahrgenommen, als wichtiger Beitrag für eine vielfältige Gesellschaft, gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Abbau sozialer Ungleichheiten. Dies werde aber insbesondere von politischen Akteuren nicht entsprechend gespiegelt.

Wenig Sorgen wurden hingegen hinsichtlich der finanziellen Aufstellung der Organisationen zum Ausdruck gebracht. Sowohl die aktuelle Situation, wenige Wochen nach Start des Lockdowns, als auch die erwartete Entwicklung in den kommenden vier bis sechs Wochen unterscheide sich nicht oder nur wenig gegenüber dem Status quo vor der Krise.

Die Arbeit wird auch bei den befragten Migrantenorganisationen mehrheitlich aus dem Homeoffice heraus geleistet. Die Umstellung auf digitale Formen der Zusammenarbeit wird überwiegend als positiv, kaum als besondere Hürde beschrieben. Einige der Organisationen gaben an, dass die Beratung von Mitgliedern bereits vor der Krise onlinebasiert erfolgte. Die Umstellung der Arbeit auf digitale Kanäle sei daher keine so große Herausforderung gewesen. Dennoch komme diese Form der Zusammenarbeit „langfristig an Kapazitätsgrenzen“, da es starke Unterschiede gebe zwischen Netzwerken und Organisationen mit guter Aufstellung und technischer Ausstattung und solchen, bei denen das nicht der Fall ist.

Bei der Wahl technischer Lösungen spielen Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit eine sehr große Rolle, da in Einzelberatungen personenbezogene Daten weitergegeben werden. Die konfligierenden Anforderungen aus Handlungsfähigkeit in der Krise und Datensicherheit andererseits zu lösen, gelingt auch Migrantenorganisationen nach Eigeneinschätzung häufig nicht. Unterstützung bei der Identifikation geeigneter Angebote wird daher vermehrt als Wunsch in Richtung Politik geäußert.

5.11 Engagementfördernde Einrichtungen – Überangebot spontanen Engagements

Für Freiwilligenagenturen und andere sogenannte engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen bürgerschaftlichen Engagements ist die Coronakrise eine enorme Belastungsprobe. Einerseits müssen sie wie alle anderen gemeinnützigen Organisationen ihren Betrieb auf neue Grundlagen stellen, aus dem Homeoffice arbeiten und digitale Wege der Zusammenarbeit einspielen. Andererseits sind sie gerade in dieser Phase besonders gefordert, müssen ansprechbar für Engagementbereite, Organisationen und Kommunen gleichermaßen sein. Allein in den ersten vier Wochen des Lockdowns seien „1.400 Freiwillige spontan gekommen und für alle diese Menschen waren Schutzmasken vorhanden“, wie die Geschäftsführerin einer Landesfreiwilligenagentur eines kleineren Bundeslandes berichtet. Die Arbeitsbelastung dieser sehr dichten Zeit war nur dadurch zu bewältigen, indem die „Hauptamtlichen die letzten vier Wochen voll durchgearbeitet haben und jetzt an ihre Leistungsgrenzen kommen.“

Auch andere Landesarbeitsgemeinschaften von Freiwilligenagenturen berichten von „unfassbar vielen Helfern, mindestens zehn Mal mehr Helfer als Bedarf“ sei. Das meiste spontane Engagement geht in Nachbarschaftshilfen. Zu Beginn der Ausgangsbeschränkungen haben sich den Berichten zufolge viele Helfergruppen gebildet, überwiegend zusammengesetzt aus Personen, die schon in der Flüchtlingshilfe aktiv waren „und sofort im Krisenmodus drin waren. Die wussten, man muss sich vernetzen, eine Facebook Gruppe gründen.“

Die finanzielle Lage von Freiwilligenagenturen und anderen engagementfördernden Einrichtungen wird überwiegend als stabil eingeschätzt. Laufende Förderungen sind nicht infrage gestellt, wegfallende Entgelte, die ein Loch in die Kassen reißen könnten, offensichtlich kein Thema. In Einzelfällen wird sogar berichtet, dass Bürgermeister aktiv auf die Agenturen zugekommen sind mit der Frage nach Bedarf für finanzielle Unterstützung. In einem anderen Fall kam das Angebot von der lokalen Sparkasse.

Digitalisierung stellt sich für Infrastruktureinrichtungen als doppeltes Thema heraus, das sowohl einen Bezug zur eigenen Arbeitsweise hat als auch zum Beratungs- und Vernetzungsauftrag. Hinsichtlich der eigenen Arbeitsweise wird mehrfach das Datenschutzthema als besonders problematisch beschrieben. „Bleiben wir arbeitsfähig oder datenschutzkonform. Das war ein Zwiespalt in dem wir uns befunden haben und wir haben gesagt im Zweifelsfall bleiben wir arbeitsfähig. Da die digitalen Lösungen jetzt besser werden, geht es aber in die Richtung auch datenschutzkonform zu sein. Das ist aber ein ganz großes Thema und eine ganz große Schwierigkeit.“

Als hilfreiche Lösung wünscht sich ein Interviewee ein „Infopool“, der unbedenkliche Tools zusammenstellt. „Wenn es ein Ministerium gäbe, die sagen: Hier habt ihr eine Liste und diese Tools sind unbedenklich und damit seid ihr und eure Freiwilligen sicher, das wäre super.“ Ein anderer Interviewee sieht darin den kommenden Teil zwei des Digitalisierungsdiskurses. Nach einer Phase, in der es krisenbedingt um schnelle digitale

Lösungen gegangen sei, wird im Nachgang die Frage zu stellen sein: „Sind das eigentlich die richtigen Tools, die wir haben, wie gehen wir mit den Themen wie Datenschutz tatsächlich nun um?“

Bereits jetzt und für eine solche Form der Weiterführung reiche eine Online-Begleitung beim Thema Digitalisierung nicht aus. „Es braucht eine Form von individuellerer Unterstützung und von Beratung: Was benötigen Sie eigentlich digital: Was ist geeignet/ungeeignet, also eine Form organisationaler Durchleuchtungsprozess.“

5.12 Spenden – neue Formen kiezbezogener finanzieller Zuwendungen

Hinsichtlich der aktuellen Lage der Spendenströme berichtet ein Geschäftsführer eines Dachzusammenschlusses von spendensammelnden Organisationen von großer Stabilität der Geldströme, soweit diese datenbasiert beobachtet werden können. Insgesamt wirke sich die Krise eher positiv auf die Spendenbereitschaft aus. Einem Wohlfahrtsverband sei es gelungen, innerhalb von zwei Wochen 5 Millionen Euro Spenden mit einem Corona-Fonds zu mobilisieren. Die meisten spendensammelnden Organisationen berichten von gleichbleibenden oder eher steigenden Spendeneinnahmen.

Zum konventionellen Spenden trete aktuell noch eine andere Form der kiezbezogenen Unterstützungsleistung, die rechtlich gesehen ggf. keine Spende sei. So werden Gutscheine bei lokalen Buchhändlern und im Restaurant nebenan erworben, um diesen ein Fortbestehen in der Krise zu ermöglichen. Ob es sich bei diesen Kiez- oder stadtteilbezogenen Spenden und Unterstützungsleistungen um zum konventionellen Spenden additiv hinzukommendes oder letzteres zumindest teilweise ersetzendes Spenden handle, kann noch nicht belastbar beurteilt werden.

Die von der Politik in die Wege geleiteten Entscheidungen und Maßnahmen zur Unterstützung von gemeinnützigen Organisationen bewertet der Interviewee als sehr wertvoll. Genannt werden Erleichterungen im Gemeinnützigkeitsrecht und vor allem die Möglichkeit für Vereine, Mitgliederversammlungen digital aufzusetzen, auch Gremienentscheidungen entweder digital einzuholen oder im Umlaufverfahren.

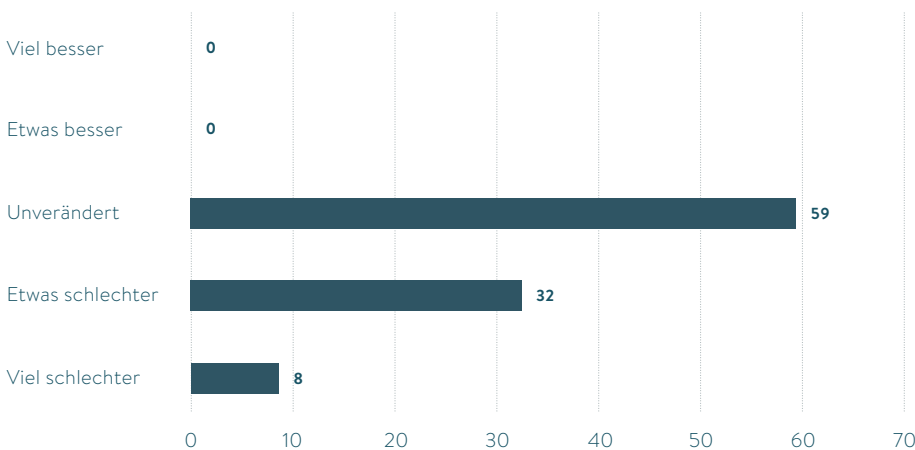
06

IM FOKUS: DIE FINANZIELLE SITUATION IM GEMEINNÜTZIGEN SEKTOR

Um erste quantitative Anhaltspunkte für die Auswirkungen der Coronakrise auf die ökonomische Lage von Vereinen und anderen gemeinnützigen Organisationen zu erhalten, wurden in den Interviews auch zwei standardisierte Fragen gestellt. Die eine adressiert die aktuelle finanzielle Lage der Organisationen, die zweite die erwartete finanzielle Lage in den kommenden vier bis sechs Wochen.

ABBILDUNG 1: IM VERGLEICH ZUR SITUATION VOR 2 WOCHEN: WIE IST DIE AKTUELLE FINANZIELLE LAGE DER VEREINE UND INITIATIVEN BEI IHNEN VOR ORT?

in Prozent

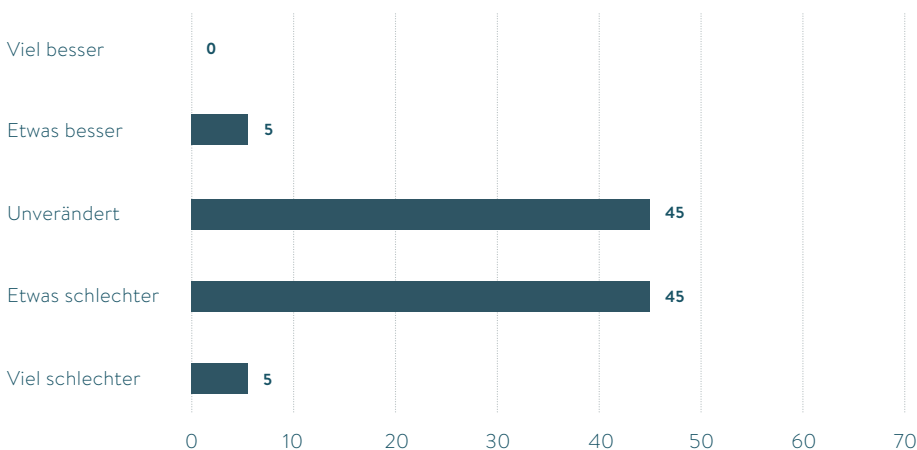


Durchführung der Interviews: 16.-30. April 2020
Quelle: Eigene Daten

Diese Daten können nur erste Anhaltspunkte sein und stellen keine repräsentativen Ergebnisse dar. An Bedeutung gewinnen die Daten, wenn mit anschließenden digitalen Befragungen im weiteren Verlauf der Coronakrise Verlaufsinformationen vorliegen.

ABBILDUNG 2: WAS ERWARTEN SIE, WIE WIRD SICH DIE FINANZIELLE LAGE FÜR VEREINE UND INITIATIVEN IN IHREM BEREICH IN 4-6 WOCHEN DARSTELLEN?

in Prozent



Durchführung der Interviews: 16.-30. April 2020
Quelle: Eigene Daten

Die Antworten auf die beiden Fragen bestätigen das Bild, dass auch die Auswertung der Interviews ergibt. Insgesamt wird die aktuelle finanzielle Lage als ‚unverändert‘ beziehungsweise als ‚eher schlechter‘ im Vergleich zu vor der Krise bewertet. Als ‚viel schlechter‘ und damit als potentiell existenzbedrohend, wird die aktuelle Situation von etwas weniger als jedem zehnten Befragten bewertet. Zumindest bislang erweist sich die finanzielle Aufstellung großer Teile des gemeinnützigen Sektors als relativ resilient gegenüber der Krisensituation.

Etwas schlechter wird der Ausblick auf die kommenden vier bis sechs Wochen bewertet. Hier steigt der Anteil derer, die von einer ‚etwas schlechteren‘ Lage in der näheren Zukunft ausgehen auf immerhin 45 Prozent.

Damit spricht einiges dafür, dass die finanzielle Notsituation zwar bei zahlreichen gemeinnützigen Organisationen von sehr hoher Relevanz ist, aber nicht das alleinige und dominante Problem, das mit der Coronakrise für die organisierte Zivilgesellschaft einhergeht. Andere, vorangehend diskutierte Herausforderungen, wie Fragen der abrupten Digitalisierung oder auch Unsicherheiten im täglichen Engagement, erweisen sich als nicht weniger wichtig.

IMPRESSUM

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme der Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben vorbehalten.

Verlag, Herausgeber und Autoren übernehmen keine Haftung für inhaltliche oder drucktechnische Fehler.

© EDITION STIFTERVERBAND

Verwaltungsgesellschaft für Wissenschaftspflege mbH, Berlin 2020
Barkhovenallee 1
45239 Essen
T 0201 8401-181
F 0201 8401-459

AUTOREN

Holger Krimmer unter Mitwirkung von: Magdalena Bork, Lydia Markowski, Johanna Gorke, Marlon Maas, Tobias Oertel, Anne-Sophie Pahl

FOTO

Unsplash/Edwin Hooper (Titel)

GESTALTUNG


Stifterverband

ZIVIZ IM STIFTERVERBAND

ZiviZ im Stifterverband ist ein unabhängiges Forschungs- und Beratungshaus zu den Themen Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement.

Wir erarbeiten Orientierungs- und Trendwissen im Themenbereich der datenbasierten Zivilgesellschaftsforschung. Seit 2008 hat ZiviZ systematisch zur Verbesserung der Datenlage zur organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland gearbeitet. 2012 wurde erstmals für Deutschland ein repräsentativer Survey über Vereine, Stiftungen, Genossenschaften und Stiftungen durchgeführt. Der ZiviZ-Survey wurde 2017 das zweite Mal erhoben und ist zukünftig für alle vier Jahre geplant.

Mit dem Corporate Citizenship-Survey hat ZiviZ beginnend in 2018 zudem erstmals eine repräsentative Erhebung zum gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen aufgesetzt. Auch dieser Survey ist als Längsschnitterhebung konzipiert und wird 2020 wiederholt. Ein weiterer Themenschwerpunkt bildet die Arbeit zum digitalen Wandel von Zivilgesellschaft und die Förderung digitaler Innovationen.



ZIVILGESELLSCHAFT
IN ZAHLEN **ZIVIZ**

Pariser Platz 6
10117 Berlin
T 030 322982-304
F 030 322982-569

www.ziviz.de

